Nr. 58 XXVII. Jahrgang

Sonnabend, 1. März 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 99. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffern- oder Auskunftanzeigen 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresanzeigen Ermäßigung nach tabellarischen Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.56, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Verzug mögl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Die Unruhen in Mitteldeutschland

Nach den heute vorliegenden Nachrichten ist es nicht ausgeschlossen, daß die Streikbewegung im mitteldeutschen Industriegebiet auf die bisher davon ergriffenen Orte beschränkt bleibt. Geklärt hat sich die Lage freilich noch nicht. Besonders dort, wo die Streikbewegung unter dem Zeichen von Spartakus geht wie in Halle, das als Zentrum der ganzen Bewegung gelten kann, ist der Ausgang noch ganz ungewiß. In Halle herrscht wahrscheinlich völlige Anarchie. Die Stadt ist von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten, und zwar, wie es heißt, infolge der Maßnahmen der Reichsregierung, die alle Zufuhren unterbunden und auch die letzten nach Halle rollenden Eisenbahnwagen aufgehalten hat. Sonst trägt der Streik fast durchweg einen gemäßigten Charakter. Und für eine Reihe von Orten kann man schon sagen, daß sich der Streik im Abflauen befindet. So wird aus Gotha gemeldet, daß die Buchdrucker und Transportarbeiter am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen haben. Auch der Proteststreik der Bürgerschaft ist gestern mittag eingestellt worden. Dagegen dauert in den größeren Fabriken und gewerblichen Anlagen der Ausstand noch fort. Das Elektrizitätswerk ist von Regierungstruppen besetzt, die den Betrieb aufrechterhalten. In andern Orten, die mindestens als stark gefährdet anzusprechen waren, wie Zwickau, Chemnitz, Kottbus, ist der Generalstreik bis zur Stunde überhaupt nicht ausgebrochen. In Jena lehnten es die Vertrauensmänner der Gewerkschaften mit großer Mehrheit ab, der Jenaer Arbeiterschaft zu empfehlen, sich dem Generalstreik anzuschließen. Auch im Niederlausitzer Braunkohlengebiet herrscht vorläufig noch Ruhe. In allen Gruben und Kohlenwerken, die im Gebiete der Provinz Brandenburg liegen, nimmt, wie der „Kottbuser Anzeiger" erfährt, der Betrieb noch ungestört seinen Fortgang. Gestreikt wird dagegen auf den Werken in dem angrenzenden Teile der Provinz Sachsen. — Ueberall kann festgestellt werden, daß dort, wo die Bürgerschaft in den Proteststreik eingetreten ist, die Streiklust erheblich herabgemindert worden ist. In Erfurt, wo der Generalstreik fortdauerte, ist ebenso wie in Leipzig am Donnerstag mittag die Bürgerschaft in den Proteststreik eingetreten. Der Bahnverkehr ist fast überall unterbrochen. Die Parlamentszüge müssen über Gera und Chemnitz fahren. Zwischen Erfurt und Weimar sind die Schienen auf längerer Strecke aufgerissen. In einigen Städten liegen die Licht- und Wasserwerke still.

Ueber die Gesamtlage und über die von der Reichsregierung beabsichtigten Maßnahmen liegen folgende Meldungen vor:

*** Weimar, 28. Februar. Der Reichswehrminister Noske hatte am Donnerstag Beratungen über die Lage im mitteldeutschen Streikrevier. Es waren aus den verschiedenen Teilen des Reviers Abgeordnete nach Weimar gekommen, um mit dem Minister zu verhandeln. Die Maßnahmen der Regierung richten sich in der Hauptsache gegen Halle, und man darf damit rechnen, daß schon morgen Truppen vor den Toren der Stadt eintreffen werden. Heute finden im Reichswehrministerium neue Verhandlungen statt, an denen die Abgeordneten Delius und Thiele teilnehmen werden. Die Regierung will es, wie verlautet, versuchen, den Streik durch Verhandlungen beizulegen und erst, wenn die Verhandlungen zu einem Ergebnis nicht führen, zu militärischen Maßnahmen ihre Zuflucht nehmen.**

kg. Berlin, 28. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage im mitteldeutschen Streikrevier hat sich wenig geändert. Nach hier vorliegenden einzelnen Berichten war bis gestern abend die Arbeiterschaft in 14 größeren Städten zur Teilnahme am politischen Generalstreik gezwungen worden. Das Eintreffen der Regierungstruppen vor Halle ist frühestens am Sonntag zu erwarten. Die gegen das Halle-Leipziger Industriegebiet aufgeboteene Regierungstruppenmacht ist eine Brigade stark.

*** Weimar, 28. Februar. Die hier vorliegenden Nachrichten aus den Streikgebieten lauten nicht ganz so ungünstig wie gestern. Allerdings ist nun auch der Eisenbahnverkehr mit Erfurt völlig unterbrochen. In Leipzig wird zwar der Generalstreik durchgeführt, irgendwelche Unruhen aber sind bis zur Stunde nicht vorgekommen. Halle ist von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten. Der Parlamentszug von Berlin nach Weimar ist heute nach neunstündiger Fahrt ½6 Uhr über Chemnitz—Gera in Weimar eingetroffen.**

br. Pirna, 28. Februar. Die Streikbewegung ist hier beträchtlich im Abflauen begriffen. In den meisten Fabriken ist die Arbeit nach dem Sympathiestreik am Montag wieder aufgenommen worden und es herrscht im allgemeinen Ruhe. Nur in einzelnen Betrieben ruht die Arbeit noch vollständig, doch werden zwischen den Parteien erfolgversprechende Verhandlungen gepflogen.

•

Spartakus in Plauen

d. **Plauen i. V., 28. Februar.** Die Lage ist hier noch immer nicht geklärt. Die regierungstreuen Truppen der Füsiliere halten die Kaserne im Besitz und sind entschlossen, gegen neue Putschversuche der Spartakiden mit Waffengewalt vorzugehen. Man hofft, daß die Ordnung aufrechterhalten werden kann. Räuberische Ueberfälle kommen allerdings vor. So zwang gestern ein junger Mensch in Soldatenuniform einen Juwelier in der Bahnhofstraße zur Herausgabe dreier Brillantringe unter Bedrohung mit dem Revolver. Die Kommunisten hielten gestern eine Versammlung im „Schillergarten" ab, an der etwa 1000 Personen — meist Arbeitslose — teilnahmen. Es soll ein neuer Arbeiterrat gebildet werden. Der Ausbruch des Generalstreikes ist nicht unmittelbar zu erwarten.

•

Der Generalstreik in Leipzig

o. **Leipzig, 28. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) Die Stadt war gestern infolge des Streiks in vollkommenes Dunkel gehüllt. Die Zeitungen waren gestern nachmittag mit Ausnahme der unabhängigen „Leipziger Volkszeitung" nicht erschienen. Diese polemisiert gegen den Bürgerstreik. Die Nacht ist, wie wir hören, im allgemeinen ruhig verlaufen. Größere Diebstähle oder Plünderungen sind, wenigstens bis heute früh, bei der Polizei nicht gemeldet worden. Der Streikverlauf ist vollkommen ruhig. Es hat sich in der Lage bis jetzt nichts verschoben. Der Leipziger Bürgerausschuß verzeichnet zwar Gerüchte von einem Umschwung auf der Gegenseite, die aber vorläufig eben nur als Gerüchte aufzufassen sein werden. Jedenfalls kann man wohl behaupten, daß auf seiten der Bürgerlichen, zum mindesten in den äußeren Stadtvierteln, eine Lockerung in der Disziplin eingetreten ist, denn viele kleine Lebensmittelhändler halten heute morgen die Läden offen. Dies mag allerdings wohl teilweise auf die Drohungen der „Leipziger Volkszeitung" zurückzuführen sein, die diese gestern gegen die Aerzte, Apotheker und Lebensmittelhändler ausgesprochen hat. Sonst ist hier in der Stadt alles geschlossen. Es sind viel Menschen auf den Straßen. Im Kohlenrevier der Leipziger Umgebung streiken auf 20 Werken 10 000 Arbeiter. Der Eisenbahnerstreik erstreckt sich von Nordhausen über Halle nach Torgau.

•

Noske über die Lage

G. **Weimar, 28. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) **Der Reichswehrminister Noske äußerte sich unserm Sondervertreter in Weimar gegenüber über die Streiklage in Mitteldeutschland wie folgt: „In drei bis vier Tagen wird auch diese Sache beigelegt sein. Die Arbeiter werden dann genug gestreikt haben und die Streiks werden zu Ende gehen. Dann werden die Truppen an die Entwaffnung der einzelnen Ortschaften gehen." Auf die Bemerkung, daß in Erfurt Zeitungsbetriebe gewaltsam am Arbeiten verhindert würden, erklärte der Minister noch: „Diesen Fall werden wir uns näher besehen. Gewalt kommt wider Gewalt!"**

Im Reichswehrministerium wurde unserm Weimarer Sondervertreter weiter mitgeteilt, daß der Streik in Gotha im Abflauen sei. Auch in Halle, wohin die Regierung keinen Parlamentär entsandt habe, da sie nicht daran denke, auf Verhandlungen einzugehen, machten sich schon Anzeichen für eine Streikmüdigkeit bemerkbar. Nach den Zentren der Bewegung seien Truppen unterwegs, die jedoch noch nicht eingegriffen hätten.

•

Die Lage im Ruhr-Gebiet

Der Streik im Essener Gebiet ist stark zurückgegangen, aber noch immer nicht ganz erloschen. Bei der gestrigen Morgenschicht waren die Belegschaften der Zechen Matthias Stinnes I und II, Matthias Stinnes III und IV und Vereinigte Weiheim ausständig. Der Grund ist die Forderung einer sofortigen 20proz. Lohnerhöhung. Erneut in den Ausstand getreten ist die Belegschaft der Zechen Kaiser Friedrich und Barop, gleichfalls wegen Lohnforderungen. Die Gesamtzahl der Ausständigen beläuft sich auf 5100.

Da die Zustände in Hamborn immer haltloser wurden, da Vorbereitungen zur Sabotage und zur Zerstörung der Förderschächte getroffen, und die Bevölkerung durch Schießen gefährdet wurde, hat das Generalkommando Münster die Regierungstruppen einrücken lassen. Das Rathaus wurde von Arbeitern und Bürgern der Stadt besetzt. An Stelle des kommunistischen Arbeiterrats wurde ein neuer Arbeiterrat gewählt. Gleichzeitig mit den Vorgängen in Hamborn erfolgte die Entwaffnung der Zeche und Kolonie Wehofen. Die Regierungstruppen hatten keine Verluste, die der Spartakiden waren verhältnismäßig gering. Außer Gefangenen wurde eine große Anzahl Waffen, etwa 3000 Gewehre, viel Munition und zwei Geschütze erbeutet.

•

In Düsseldorf

In neuen großen Kundgebungen der Streikenden kam es in Düsseldorf wegen der Frage der Lohnzahlung für die Streiktage. Der Vorsitzende des Vollzugsrates hielt eine Ansprache, in der er sich gegen den Vorwurf verwahrte, für den Abbruch des Streikes gestimmt zu haben. Da der Generalstreik nach dem Waffenstillstandsabkommen beigelegt sei, müßten die Düsseldorfer Arbeiter, um die Bezahlung der Streiktage durchzusetzen, einen neuen Generalstreik erklären, den der Arbeiterrat unterstützen werde. Nach einer neuen Meldung ist der Generalstreik durch Bewilligung von 75 Prozent des Arbeitslohnes während des Streiks durch die Arbeitgeber seinem Abschlusse nähergebracht worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll heute erfolgen.

•

Einmarsch von Regierungstruppen

* **Bochum, 28. Februar.** Die Zustände in Düsseldorf haben sich derart zugespitzt, daß der Einmarsch der Regierungstruppen befohlen wurde, der dann ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden konnte. Eine auch von den Unabhängigen unterschriebene Erklärung weist auch darauf hin, daß der Einmarsch der Regierungstruppen lediglich zum Zwecke der Beruhigung und um für Ruhe und Ordnung zu sorgen erfolgt sei.

Kommunist Merges

Wie die „Braunschweigische Landeszeitung" berichtet, teilte der frühere Präsident des Freistaates Braunschweig, Merges, in einer Versammlung mit, daß er das Mandat zur braunschweigischen Landesversammlung und zur Nationalversammlung niedergelegt habe, da er sich offen zum Kommunismus bekenne.

•

Emden von Regierungstruppen besetzt

Gestern vormittag sind Abteilungen des Freiwilligenkorps Rödern in Emden eingerückt. Außerdem machten drei Torpedoboote im Binnenhafen fest. In der Stadt herrscht Ruhe und Ordnung.

Der Münchner Rätekongreß

* **München, 28. Februar.** Auch die gestrige Nachmittagssitzung des Rätekongresses hat die Abstimmung noch nicht gebracht. Ein Vermittlungsantrag, der von sämtlichen Gruppen, mit Ausnahme der äußersten Linken, unterzeichnet ist, besagt: „Der Rätekongreß erklärt sich mit den Maßnahmen des Zentralrats, wonach 1. der Landtag aus Gründen seiner eigenen Sicherheit in Anbetracht der Volksstimmung vorerst vertagt bleibt, 2. die Tagung des provisorischen Nationalrats für geschlossen erklärt werde, einverstanden. Ueber eine Wiedereinberufung des Landtags entscheidet die revolutionäre Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß. Die letzige Tagung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte stellt den provisorischen Nationalrat des freien Volksstaates Bayern dar, doch soll von der nächsten Tagung ab der provisorische Nationalrat aus 210 Mitgliedern bestehen, die von den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten in acht Klassen nach den vom Zentralrat herauszugebenden Richtlinien zu wählen sind. Der zur Wahrung der Geschäfte zu wählende Aktionsausschuß, dessen Mitglieder jederzeit vom provisorischen Nationalrat abberufen werden können, bildet einen Zentralrat, dessen Mitglieder wiederum dem Aktionsausschuß verantwortlich sind und von ihm abberufen werden können. Die künftige Verfassung des freien Volksstaates Bayern hängt ab von einer großen und systematischen Volksaufklärung. Zu ihrer Durchführung wird ein selbständiges Ministerium für Volksaufklärung geschaffen. Der Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte wählt ein neues Ministerium unter Hinzuziehung eines Bauernbündlers als Landwirtschaftsminister. Der Aktionsausschuß hat mit dem Ministerrat die Frage der Ernennung von Staatssekretären zu entscheiden. Das gesamte Ministerium ist dem Zentralrat bzw. dem provisorischen Nationalrat verantwortlich."

Soldatenrat Dr. Levin sprach als Korreferent zu den Verfassungsfragen. Er sagte u. a.: „Wir müssen jetzt alles tun, unsern Sozialismus zu verteidigen. Jetzt haben wir die Macht in Händen. Wir wollen die Befreiung des Proletariats, und das heißt nichts andres als das Verschwinden der Bourgeoisie." In seinen weiteren Ausführungen gab der Redner noch ein Bild von der Organisation des Rätesystems, wobei er aber eine einfache Uebernahme der russischen Verfassung ablehnte. Nach weiterer unwesentlicher Debatte teilte der Präsident Soldatenrat Sauber dem Kongresse einen Aufruf der bayerischen Abgeordneten in Weimar mit, der u. a. auch die Wiedereinsetzung des verfassunggebenden Landtages verlangt. Der Rätekongreß wird hierzu sofort Stellung nehmen und hat hiermit eine besondere zwölfgliedrige Kommission beauftragt. Die Beratung und Abstimmung wurde auf heute zurückgestellt.

Der Verein bayerischer Zeitungsverleger hat beim Zentralrat des Volksstaates Bayern in München gegen die Vergewaltigung der Presse Verwahrung eingelegt, die mit den Worten schließt: „Im wahrhaft freien Volksstaate darf aber auch das freie Wort nicht unterbunden werden."

Unruhen in Petersburg

* **Haag, 28. Februar.** Aus Helsingfors wird gemeldet: In Petersburg fanden ernste Unruhen, besonders in den Stadtvierteln auf dem linken Newa-Ufer, statt. Diese Unruhen wurden von einem Bataillon der sogenannten Internationalen Kommunisten veranstaltet, das sich hauptsächlich aus ehemaligen deutschen und ungarischen Gefangenen zusammensetzte. Zahlreiche Regierungsgebäude wurden in Brand gesteckt. 30 000 dieser Deserteure hatten zwei Munitionswagen geplündert und dabei erhebliche Mengen Handgranaten und Gewehre erbeutet. Es kam zu einem heftigen Kampfe. Zum erstenmal nach der bolschewistischen Revolution wurde das Vorgehen gegen die Sowjetregierung durch Matrosen unterstützt. Es wird mitgeteilt, daß die Sowjetregierung jetzt wieder Herr der Lage ist.

+ **Karlsruhe, 26. Februar.** (Priv.-Tel.) In Baden-Baden ist die aus bester russischer Quelle kommende Bestätigung von der jüngst durch die Bolschewisten erfolgten Erschießung von vier russischen Großfürsten eingelaufen. Unter diesen befinden sich auch die beiden Großfürsten Michail Michailowitsch und George Michailowitsch.

Anwachsen der Roten Armee in Rußland

sch. **Lugano, 27. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) Laut Erhebungen, die der Vertreter des „Secolo" in Warschau über die russischen Zustände anstellt, ist die Rote Armee in raschem Anwachsen und Vorrücken. Sie habe im letzten Vierteljahr Gebiete mit 20 Millionen erobert. Die Einnahme von Riga, Wilna, Minsk, Kiew, Orenburg und Jekaterinoslaw wurden in imposanten Versammlungen der Bolschewisten gefeiert. Ihre Sendlinge, die mit großen Geldmitteln ausgerüstet sind, rühmen sich ihrer erfolgreichen Propagandatätigkeit in Polen, Deutschland, Ungarn, Böhmen und auf dem Balkan.

Zum Friedensschluß

Der Gang der Friedensverhandlungen unsrer Gegner scheint in rascheren Fluß gerieten zu sein, doch läßt sich nur hoffen, daß der Frieden uns nahe ist, ein bestimmter Zeitpunkt dafür ist noch nirgends angegeben. Wie Schweizer Blätter melden, erklärte Präsident Wilson einem Pressevertreter, daß er am 15. März wieder in Europa eintreffen und im Juni nach Amerika zurückkehren werde. Es läßt sich also voraussehen, daß die Friedenskonferenz zu diesem Zeitpunkte beendet sein wird. „Daily Mail" meldet aus Washington: Ein von 187 Mitgliedern des Kongresses unterzeichneter Antrag an den Kongreß fordert die Beschleunigung des Friedensschlusses in Europa. Zugleich forderte auch der Zehn-Männerrat der Entente die Ausschüsse der Friedenskonferenz auf, ihre Arbeit bis zum 5. März zu beenden. Ob dies möglich ist, wird die Zeit zeigen, wahrscheinlich ist es nicht, weil noch große Meinungsverschiedenheiten unter den Verbündeten bestehen.

+ **Rotterdam, 28. Februar.** (Priv.-Tel.) Aus Paris wird gemeldet, daß Clemenceau seinen Platz als Vorsitzender im Rate der Großmächte gestern wieder eingenommen hat. Nächsten Montag wird die Konferenz sich mit der Festsetzung der westlichen Grenzen Deutschlands und mit der Verteilung der Gebiete des östlichen Ufers der Adria beschäftigen.

+ **Rotterdam, 28. Februar.** (Priv.-Tel.) Nach einer Reuter-Meldung aus Paris hat Italien Wilsons Vermittlung zwischen den Italienern und den Südslawen endgültig abgelehnt. Jetzt haben die Südslawen auf der Konferenz den Isonzo als Landesgrenze verlangt.

× **Bern, 27. Februar.** Die „Neue Zürcher Zeitung" teilt zu den vom 10. bis 22. Februar in Bern zwischen Vertretern Deutsch-Böhmens und der Entente gepflogenen Verhandlungen über die Zukunft Deutsch-Böhmens mit, daß die amerikanische Delegation bei der Wirtschaftskonferenz nach Anhörung der deutsch-böhmischen Kommission den Antrag stellte, daß die Zuteilung Deutsch-Böhmens an den tschecho-slowakischen Staat solange in der Schwebe bleibe, bis eine Volksabstimmung stattgefunden habe. Die amerikanische Delegation beantragte, daß das gesamte Gebiet von Deutsch-Böhmen vom Böhmerwald bis Troppau von amerikanischen und englischen Truppen besetzt werde. Dieser amerikanische Vorschlag wurde von englischer Seite unterstützt und schließlich nach einigem Zögern von Frankreich angenommen.

× **Bern, 27. Februar.** Wilsons Rede in Boston gibt der französischen Presse erneut Anlaß, nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß Amerika ständiges Mitglied der Entente bleibe, daß also die Liga der Nationen so wie sie in dem Pariser Entwurfe vorgezeichnet sei, auch vom amerikanischen Senat angenommen werden müsse. Die gesamte Presse betont in Uebereinstimmung mit „Homme libre", die von Amerika angekündigte neue Zeit sei nur dann möglich, wenn Amerika in seiner großen Rolle als Menschenfreund verharre und auch weiterhin für Recht und Gerechtigkeit kämpfe. „Journal des Débats" fügt hinzu: Wenn Amerika jetzt in dem Werke der Weltbefreiung innehalten würde, dann wäre es besser gewesen, es hätte es überhaupt nicht in Angriff genommen.

Wie auch die endgültige Einigung der Entente sein wird, ein Rechtsfriede steht nicht zu erwarten. Im „Nieuwe Courant" schreibt der bekannte holländische Politiker Leo Simons: Wer auf einen Rechtsfrieden hoffte, muß an einer Zukunft verzweifeln, die uns ein solches französisch-englisches Rückschrittlertum eröffnet. Wie die Haltung der Ententereaktionäre in Rußland bereits die Sozialrevolutionäre zur Versöhnung mit dem Bolschewismus getrieben hat, so wird diese unversöhnliche Haltung auch das deutsche Volk zum Bundesgenossen der Bolschewisten machen. Wenn die neutralen Mächte gemeinschaftlich erklärten, daß sie sich nicht freiwillig durch den Beitritt zum Völkerbunde zum Werkzeuge dieses bedenklichen Entente-Imperialismus machen, so würde sich der moralische Eindruck dieser Erklärung sicher geltend machen.

•

Blockade bis zur Unterzeichnung des Friedens

× **London, 27. Februar.** (Reuter.) Auf der Arbeiterkonferenz in London sagte Lloyd George, die Blockade könne nicht eher aufgehoben werden, als bis Deutschland einen Friedensvertrag unterzeichnet, der den Krieg unmöglich macht. Er hoffe zuversichtlich, daß der Präliminarfrieden binnen wenigen Wochen unterzeichnet sein werde.

•

Amerika gegen die Bolschewisten

g. **Genf, 28. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps" meldet aus New-York: Das Departement des Innern ließ dem Kongreß eine Ergänzung zur Einwanderungsbill zugehen, die die Angehörigen der von den Bolschewisten regierten Staaten von der Aufnahme in die Vereinigten Staaten ausschließt.

Die Flagge des Völkerbundes

+ **Haag, 28. Februar.** (Priv.-Tel.) Die „Daily Mail" schreibt: „Nun wird wohl bald die Flagge des Völkerbundes auf allen Meeren flattern. Sie hat drei breite horizontale Streifen, von denen der obere und der untere weiß und der mittlere blau ist. Diese Flagge wird zuerst von

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190301/1